

# **BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST**

Anfrage des Abgeordneten Harald Güller, SPD, zum Plenum am 16.03.2021

---

„Mehrmalige Verzögerung des Stipendienprogramms

Ich frage die Staatsregierung:

Nachdem die Staatsregierung den SPD-Vorschlag eines Stipendienprogramm für Künstlerinnen und Künstler am 20.10.2020 in einer Regierungserklärung aufgegriffen und am 27.10.2020 im Kabinett beschlossen hat, wurde der Start immer wieder verschoben wurde, zunächst von dem im Kabinett beschlossenen Termin ab dem 1. Januar 2021 auf den vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst angekündigten Termin vom 01. Februar 2021, dann mit Antwort von Staatsminister Bernd Söder im Plenum vom 4. Februar 2021 („Wir sind jetzt mit dem Stipendienprogramm fertig. Die Antragstellung wird in den nächsten Tagen fertig sein.“) auf einen unmittelbar bevorstehenden Start („Wir werden das in den nächsten Tagen fertig haben“), um heute, am 15. März 2021 festzustellen, dass die Antragstellung für das Stipendienprogramm immer noch nicht möglich ist und auch kein verbindlicher Starttermin genannt wurde, frage ich das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, warum der Programmstart drei Mal verschoben wurde bzw. Ankündigungen dreimal nicht eingehalten wurden und zu welchem Datum endlich Anträge für das Stipendienprogramm gestellt werden können und frage ich Herrn Ministerpräsident Dr. Markus Söder, wie zufrieden er damit ist, dass seine im Oktober 2020 gemachte Ankündigung, dass das Stipendienprogramms ab dem 1. Januar 2021 zur Verfügung steht (Kabinettsbeschluss am 27.10.2020) über viereinhalb Monate danach immer noch nicht umgesetzt ist bzw. nach den Konsequenzen er daraus zieht?“

Antwort des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst:

Zur Umsetzung des Stipendienprogramms finden seit Dezember komplexe Abstimmungsprozesse u.a. mit dem Obersten Rechnungshof auf der Basis eines vorher im engen Austausch mit einem aus Vertreterinnen und Vertretern der Kunstbranche, Künstlerverbände und Freien Szene bestehenden Begleitausschuss erarbeiteten Konzeptes statt. Diese Abstimmungsprozesse bewegen sich zwischen den Polen hoher Erwartungen der Kunstbranche an ein maximal niedrighschwelliges Anforderungsprofil für Antragstellung und Bedarfsnachweis einerseits und einer Gestaltung von Richtlinien und Vollzug andererseits, die die rechtlichen Anforderungen erfüllen und im Einklang mit geltendem Förderrecht stehen. Eine Ausgestaltung der Richtlinien als Projektförderung wäre innerhalb der Staatsregierung und auch mit dem Obersten Rechnungshof abgestimmt gewesen und hätte Anfang Februar an den Start gehen können, ließ aber – nach einer Rückkoppelung mit dem Begleitausschuss – eine fehlende Akzeptanz der Kulturbranche befürchten.

Deshalb wurde in der Folge eine weitere Lösung erarbeitet und abgestimmt. Das notwendige Einvernehmen seitens des Obersten Rechnungshofs wurde am 16.03. mitgeteilt. Im Übrigen ist das von den strittigen Fragen wenig berührte elektronische Antragsverfahren seit Januar programmiert und wird in der folgenden Woche nach letzten finalen Anpassungen nach Veröffentlichung der Richtlinien und einer Testphase an den Start gehen.

München, den 18. März 2021